

# **Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf**

**Teil 8:  
Dokumentation der Fachkonferenz Gender Mainstreaming am  
14.03.2007 im Rathaus Wilmersdorf**

Inhalt

	Seite
<b>Begrüßung Monika Thiemen</b>	<b>2</b>
Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf <b>Christine Rabe</b>	<b>2</b>
Gender Mainstreaming in der Abteilung Bauwesen – Spielplätze <b>Dagmar Elbrandt</b>	<b>5</b>
Gender Mainstreaming – Möglichkeiten und Grenzen im Bereich Sport <b>Ralf Schönfeld</b>	<b>6</b>
Unsere Angebote sind geschlechtergerecht und geschlechtsspezifisch <b>Martina Schmiedhofer</b>	<b>8</b>
Personalentwicklung und Gender Mainstreaming <b>Joachim Krüger</b>	<b>12</b>
Geschlechtergerechtigkeit in der Wirtschaft, in der Volkshochschule und in den Bibliotheken <b>Marc Schulte</b>	<b>13</b>
Gender Budgeting in Berlin – Probleme der Geschlechter spezifischen Haushaltsanalyse <b>Jochen Esser</b>	<b>16</b>

**Anhang**

Literatur

Anlage 1: Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf, Stand 03/2007

Anlage 2: Beachtung von Gender Mainstreaming / Gender Budgeting im  
Haushaltsplan 2008/2009

**Monika Thiemen**  
**Bezirksbürgermeisterin Charlottenburg-Wilmersdorf**

Meine Damen, meine Herren,

unsere Fachkonferenzen zu Gender Mainstreaming (GM) haben bereits eine Tradition und ich freue mich, dass Sie wiederum oder auch zum ersten Mal unserer Einladung zur 3. Fachkonferenz Gender Mainstreaming nach Charlottenburg-Wilmersdorf diesmal in den Saal der Bezirksverordnetenversammlung gefolgt sind. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich: ein interessiertes Fachpublikum, die Bezirksstadträtin Frau Martina Schmiedhofer, die Bezirksstadträte Herrn Krüger, Herrn Schulte, Herrn Esser aus dem Abgeordnetenhaus, einige Bezirksverordnete, die Referentinnen und Referenten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Bezirksverwaltung.

Nach der Einführung von Gender Mainstreaming im Oktober 2003 hat das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf in seiner Sitzung am 5. Juli 2005 beschlossen, Gender Mainstreaming in einer II. Phase weiter einzuführen und ab Mai 2006 die Phase III – die Umsetzungsphase – beginnen zu lassen. In allen Abteilungen sind neue Fachbereiche hinzugekommen und ein Teil der 56 vom Rat der Bürgermeister beschlossenen Produkte wurde analysiert.

Es sollen Ihnen heute Einblicke in erste Ergebnisse und Veränderungen im Verwaltungshandeln aufgezeigt werden. Alle Abteilungen der Verwaltung werden ihre Maßnahmenpläne vorstellen und über den Stand der Umsetzung berichten.

**Christine Rabe**  
**Genderbeauftragte des Bezirksamtes**

**Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf**

siehe dazu PP-Präsentation, Anlage 1

In seiner gestrigen Sitzung hat das Bezirksamt den 3. Gleichstellungsbericht beschlossen. Es erfüllte damit wieder einen wichtigen Punkt seines zu Gender Mainstreaming beschlossenen Arbeitsplanes. Darüber hinaus erfüllte es den Auftrag der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)<sup>1</sup>:

„...Ferner wird das Bezirksamt aufgefordert, der BVV jährlich einen Bericht über die Umsetzung der gleichstellungspolitischen Leitlinien vorzulegen. Neben den erreichten Ergebnissen soll der Bericht auch jene Bereiche der Bezirksverwaltung erfassen, die keine oder nur unzureichende Bemühungen vorlegen können. Die Gründe dafür sind darzulegen.“

Nach zwei Einführungsphasen hatte das Bezirksamt die dritte Phase bereits als Umsetzungsphase definiert. In dieser ersten Umsetzungsphase kam im Juni 2006 die Herausforderung dazu, einen Beschluss des Rates der Bürgermeister zu Gender

---

<sup>1</sup> BVV-Beschluss Drs. Nr. 763/3

Budgeting<sup>2</sup> umzusetzen. Gefordert wurde, zukünftig für 56 Produkte Nutzer/innen-Analysen durchzuführen. Das bedeutete, dass zum Teil Fachbereiche hinzugenommen werden mussten, die in den Phasen I und II noch nicht beteiligt waren. Darüber hinaus haben wir das eingeführte Verfahren der FGA – Fachbezogene Gender Analyse – um ein Formblatt für die Nutzer/innen-Analyse ergänzt: Welchen Beitrag kann das Produkt leisten zur Umsetzung der gleichstellungspolitischen Ziele? <sup>3</sup>

Um die FGA auch in diesen Fachbereichen einzuführen ist es nun notwendig, die Teilziele zu qualifizieren und Maßnahmenpläne zu entwickeln.

Welche Gleichstellungsziele haben die Abteilungen benannt? Hier einige Beispiele:

- Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in Gremien, z. B. Fachjury, Wettbewerbe, Ausschreibungen
- Verbesserung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen durch Einnahmen aus Ausstellungsverkäufen
- Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen im Baubereich
- Mehr Prüfingenieurinnen für Baustatik
- Förderung der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen/Müttern und Männern/Vätern an Erziehungsprozessen
- Förderung der Selbstorganisation von Mädchen und Frauen
- Förderung von Angeboten der Selbstverteidigung von Frauen und Mädchen
- Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen, Männern und Kindern beim Bau von Sportanlagen sowie der Ausstattung vorhandener Anlagen
- Information und Unterstützung von Frauenorganisationen und -gruppen für besondere Sportangebote
- Förderung von geschlechtsspezifischen und altersgerechten Sportangeboten
- Mädchen in der offenen Jugendarbeit fördern
- geschlechtergerechte und geschlechter-differenzierte Ausrichtung der Eingliederungsmaßnahmen für behinderte Menschen
- Geschlechtsspezifisch angepasste Beratung von Behinderten und chronisch Kranken
- Geschlechtsspezifische Beratung der Träger und Institutionen, die an der Versorgung Behinderter und chronisch Kranker beteiligt sind
- Förderung der Kenntnisse über weibliches und männliches Rollenverhalten, z. B. in der Krise
- Förderung der Anti-Gewalt-Arbeit einschließlich Zusammenarbeit mit den zuständigen Einrichtungen
- Förderung und Unterstützung der gemeinsamen Verantwortung der Paare für Schwangerschaft und Schwangerschaftsverhütung
- Förderung von Seniorensportgruppen, die gezielt auf geschlechtsspezifische und altersbedingte Erfordernisse ausgerichtet sind
- Familienfreundlichere Arbeitszeiten und Öffnungszeiten in den Bürgerämtern für Frauen und Männer, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Mitarbeiter/innen

---

<sup>2</sup> Beschluss des RdB Nr. 992/06

<sup>3</sup> siehe dazu: Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf, Teil 4

Erste Ergebnisse dieser Gender-Budgeting-Analysen werden im Vorbericht des Haushaltsplanes 2008/2009 dargestellt. Siehe dazu Anlage 2

- Ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe
- Gezielte geschlechtergerechte Personalentwicklung in der Verwaltung

Auch erste Maßnahmen wurden in den Abteilungen konzipiert, mit der Umsetzung zum Teil begonnen<sup>4</sup>. Auch dazu an dieser Stelle einige Beispiele:

- Flexible betriebliche Kinderbetreuung (Abteilung Bauwesen, Abteilung Bürgerdienste, Ausbildungsförderung und Personal)
- Familiengerechte Gestaltung des Gebäudes Hohenzollerndamm 174-177 (Abteilung Bauwesen)
- Erarbeitung eines Kriterienkataloges im Hinblick auf planungsrechtlich relevante Belange (Abteilung Bauwesen)
- Spielplätze: Wünsche von Kitas, Kinderläden und Schulen werden in Nutzungsprofile aufgenommen (Abteilung Bauwesen)
- Selbstbehauptungstraining für Frauen (Abteilung Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr)
- Genderbezogene Befragung der Trägervereine (Abteilung Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr)
- nach Geschlecht differenzierte Statistiken führen
- Beispiel für die Zusammenführung von Gender Mainstreaming und Interkultureller Öffnung der Verwaltung durchführen (Abteilung Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung)
- Sensibilisierung der Kursleitenden der Volkshochschule City West für Genderaspekte (Abteilung Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Verkehr, Fachbereich Volkshochschule)
- Evaluation der Zufriedenheit von Teilnehmenden an Kursen der Volkshochschule City West nach Geschlecht (Abteilung Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung)

Nach Angaben der Abteilungen sind bis zum heutigen Tag bereits 514 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung mit Gender Mainstreaming befasst. Somit kann davon gesprochen werden, dass GM in der Bezirksverwaltung Charlottenburg-Wilmersdorf eingeführt ist.

Zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der normalen Verwaltungspraxis sind nun folgende Schritte vorgesehen bzw. zu empfehlen:

1. Bewertung der Gleichstellungsberichte 2 und 3 durch die Bezirksverordnetenversammlung in den jeweiligen Fachausschüssen
2. Erarbeitung von neuen Maßnahmenplänen nach der FGA<sup>5</sup> in den Bereichen der Phasen I bis III und in den Fällen, wo die genannten Teilziele noch nicht erreicht wurden
3. Erarbeitung von Teilzielen zu den noch offenen vom Rat der Bürgermeister beschlossenen 56 Produkten
4. Erarbeitung von Maßnahmenplänen nach FGA zur Erreichung der Teilziele zu den o. g. 56 Produkten
5. Überführung der FGA in ein Regelverfahren für weitere Verwaltungsbereiche und Produkte der Bezirksverwaltung

---

<sup>4</sup> siehe dazu: Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf, Teil 7: Dritter Bericht zur Umsetzung von Gender Mainstreaming

<sup>5</sup> FGA: Fachbezogene Gender Analyse

**Dagmar Elbrandt**  
**Stellvertretende Leiterin des Fachbereiches Grünflächen**

**Gender Mainstreaming in der Abteilung Bauwesen – Spielplätze**

Zunächst möchte ich feststellen, dass das für den Bereich Grünpflege festgelegte Produkt der öffentlichen Kinderspielplätze eigentlich das falsche Genderprodukt darstellt.

Die Durchführung von geschlechterspezifischem Bau von Freiräumen und Kinderspielplätzen muss bereits in der **Freiraumplanung** beginnen, und kann dann in der Unterhaltung als Status Quo ebenfalls fixiert werden.

Für den Bereich der Freiraumplanung (Produkt 72640), hier speziell der Spielplatzplanung, werden bereits Gender-Aspekte berücksichtigt bzw. angewandt:

- A) DIN 18034
- B) Kinderspielplatzgesetz
- C) DIN 18024

Im Maßnahmenplan des Fachbereichs Grünflächen ist unter anderem als langfristiges Ziel formuliert: **Die bedarfsweise, geschlechtssensible Planung und der Erhalt von Kinderspielplätzen.**

Die dezidierte Berücksichtigung von Geschlechtern (Nutzerinnen/Nutzer) muss in diesem Sinne zukünftig noch verbessert werden.

Dazu sind bei jeder Planung/Umplanung entsprechende Nutzer/innen-Analysen vorab und begleitend notwendig.

An folgend aufgeführten Beispielen konnten erfolgreich Gender-Aspekte umgesetzt werden:

Spielplatz Jakob-Kaiser-Platz , Mädchentreff

Planungsphase unter Beteiligung einer Schule, Jugendfreizeitheim, regelmäßiger Runder Tisch mit Mitgliedern des Bezirksamtes und der anliegenden Wohnungsbaugesellschaft. 1 Jahr Planungszeit.

Bonhoeffer-Schule, Neugestaltung der Außenanlagen

Planungsphase unter Beteiligung von Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern

Helmut-James-von-Moltke-Schule, Neugestaltung der Außenanlagen

Planungsphase unter Beteiligung von Lehrerinnen/Lehrern, Schülerinnen/ Schülern und „Grün macht Schule“

Die Erkenntnisse aus den zuvor genannten Beispielen zeigen:

- Genderaspekte müssen bereits in der Planungsphase festgesetzt und gleichzeitig als Erhaltungsziel in der Spielplatzunterhaltung festgeschrieben werden.
- Eine sensible und wirklich differenzierte Nutzer/innen-Analyse ist verhältnismäßig aufwändig.
- Eine Vernetzung von Informationsträgern wie Bürgerinitiativen, Stadtplanung, Jugendparlament, Schulen, Kindertagesstätten sollte und muss angestrebt werden.

## **Ralf Schönfeld**

### **Stellvertretender Leiter des Schul- und Sportamtes**

#### **Gender Mainstreaming – Möglichkeiten und Grenzen im Bereich Sport**

Zuerst möchte ich Grüße von Herrn Bezirksstadtrat Naumann ausrichten, der terminlich verhindert ist. Am 8. März 2007 fand der Sportausschuss statt. Herr Naumann bat den an diesem Tag als Vorsitzenden fungierenden stellv. Ausschussvorsitzenden, Herrn Engelmann, für die nächste Sportausschusssitzung am 12.04.2007 – ggf. in Verbindung mit dem GM-Ausschuss - das Thema Gender Mainstreaming (GM) mit auf die Tagesordnung zu setzen und zu dieser Sitzung auch Frau Rabe einzuladen.

GM und Gender Budgeting (GB) gehören im Fachbereich Sportförderung zusammen, die Begriffe werden sozusagen in einem Atemzug genannt. Der seinerzeitige Beschluss im Rat der Bürgermeister sah vor, dass folgende Produkte aus dem Bereich 105, Förderung des Sports, unter dem Kriterium GM/GB zu bewerten sind:

- 77674 - (neue Produktnummer: 79348) – Sport- und Freizeitveranstaltungen,
- 77673 - Bereitstellung von Sportanlagen,
- 77769 - Bereitstellung von Sportanlagen mit Nutzungsvertrag durch Vereine,
- 78422 - Bereitstellung von Sportanlagen auf Schulstandorten
- 75427 - Vermietung und Verpachtung von Sportanlagen.

Der Bereich „Produkte unter Beachtung der Gender-Thematik“ ist steter Bestandteil der Diskussionen im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Sportamts- und Fachbereichsleiter/innen der Berliner Sportämter. Der Landessportbund Berlin (LSB) war aufgrund der BVV-Beschlüsse, hier Drs-Nr: 1871/2 (geschlechter-differenzierte Sportangebote 1) und Drs-Nr: 1868/2 (geschlechterdifferenzierte Sportangebote 2) um Abgabe einer Stellungnahme zum Thema gebeten worden. Die Kernsätze daraus möchte ich zitieren:

- „Im allgemeinen Wettkampfsport sind die Ligen im Sport nach Geschlechtern getrennt, obwohl im Kinderbereich eine Durchmischung durchaus üblich ist (z. B. im Fußball). Im Freizeitsport dagegen besteht generell keine Geschlechtertrennung.
- Für viele Sportarten und -aktivitäten ist eine Trennung nach Geschlechtern darüber hinaus weder gewünscht noch sinnvoll, z. B. beim Mutter-Kind-Turnen, in den vielfältigen Facetten des Gesundheitssports, des Seniorensports sowie bei den Trendsportarten.
- Bei der überwiegenden Zahl von Sportangeboten handelt es sich daher um gemischte Angebote.
- Dennoch werden bestimmte Angebote traditionell von den Geschlechtern unterschiedlich nachgefragt, als Beispiele seien hier die Sportarten Reiten und Fußball genannt.
- Gleichzeitig verändert sich die Nachfrage als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel und auch als Folge bedeutender sportlicher Ereignisse. Beispielsweise löste die Erlangung des Weltmeistertitels der Deutschen Fußballnationalmannschaft der Frauen 2003 und die Ausrichtung der

Fußballweltmeisterschaft 2006 der Männer in Deutschland eine verstärkte Nachfrage in diesem Bereich aus.“

Aus dem Kreise der Sportamts- und Fachbereichsleiter(innen) bestehen durchaus – aus Sicht der sportstättenverwaltenden Ebene – Bedenken/Kritik am Beschluss des Rates der Bürgermeister. Eine termingerechte Umsetzung erfolgte jedoch. Die Mitglieder der Mentorengruppe der Sportamts- und Fachbereichsleiter/innen zum Thema GM schlugen vor, dass von den fünf zuvor genannten Produkten (nur) über die zwei größten Produkte 77673 (Bereitstellung von Sportanlagen) und 78422 (Bereitstellung von Sportanlagen auf Schulstandorten) unter Gendergesichtspunkten berichtet werden kann und soll. Dazu sollen die vorhandenen Daten des Statistischen Landesamtes (Stand: 01.01.2006) als gemeinsame Datenquelle genutzt werden. Eigene, neue Zählungen wurden in den Bezirken nicht durchgeführt.

Die Diskussion über Sinn und Zweck, insbesondere über mögliche und unerwünschte Spätfolgen von unvollständigen oder unpassend ermittelten Daten, brachte keine andere Lösung, die derzeit praktikabler wäre, als die bereits vorhandenen Daten in Bezug zu setzen. Gemäß dem Statistischen Jahrbuch und der in Lichtenberg erfolgten Berechnungen werden Ergebnisse in einem Verhältnis von ca. 40 % Frauen - zu 60 % Männeranteil gesehen. Die Berechnungsart kann aber nur die in Sportvereinen Aktiven berücksichtigen. Kurse im Freizeit- und Erholungsprogramm (noch in zwei Bezirken durchgeführt) und Kurse der Volkshochschulen werden hierbei nicht berücksichtigt, ebenso der vereinsungebundene Sport (auch im Sinne des Sportförderungsgesetzes). Dies kann im prozentualen Ergebnis leichte Bewegungen in den jeweiligen Prozentpunkten zur Folge haben.

Der für die Fachbereiche/Ämter Sportförderung aller Bezirke wesentliche Punkt im Bereich GM/GB ist die grundgesetzlich geregelte Autonomie des Sports. Die Sportförderung/Sportämter stellt/stellen Sportstätten zur Verfügung, verwalten diese, steht/stehen den Sportvereinen sowie dem vereinsungebundenen Sport mit Rat und Tat zur Seite, wir haben jedoch keine direkte Einflussmöglichkeit auf den ausübenden Sport selbst. Dies ist, wie bereits erwähnt, so gewollt. Was können wir jedoch tun, wenn der direkte Weg nicht möglich ist? Wir können indirekt aktiv werden. Wir können informieren. Hier muss zuerst sichergestellt sein, dass die Voraussetzungen, die sportliche Infrastruktur (also Sportplätze, Sporthallen - bis hin zur Geräteausstattung) in geeigneter Form vorhanden ist. Es ist problematisch Begehren zu wecken, die nicht erfüllbar sind.

Dann sind die Sportvereine entsprechend mit einzubeziehen, zu sensibilisieren. Dies könnte eventuell über den bezirklichen Fachbereich Sportförderung erfolgen, dies sollte vornehmlich über die Sportfachverbände und den Landessportbund als Dachverband erfolgen und dies kann, wie hier im Bezirk, über den Sportverband City-West erfolgen. Der Sportverband City-West nimmt die Aufgaben der sportgesetzlich verankerten Interessenvertretung unter Beteiligung der Sportvereine im Bezirk wahr. Über diese Schiene erkennen wir – im Rahmen unserer Möglichkeiten – den Weg zu einer Unterstützung von GM. Wir können gemeinsam mit dem Sportverband City-West Anreize schaffen. Hier sind wir bereits in ersten gemeinsamen Gesprächen. Die Nachfrage muss sich frei entfalten.

Wir können helfen. Beispiel: Die Forderung des DFB, für die Frauenfußball-Mannschaft von Tennis Borussia Berlin eine geeignetere Spielstätte zu finden. Wir

konnten helfen und haben den eher unterrepräsentierten Frauen-Fußballsport „unterstützt“.

In der Ausgabe des Landessportbundes Berlin 2007 „Frauen im Sport“ ist nachzulesen: „Ziel von GM ist, die sozialen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen und Sport – und damit letztendlich Gesellschaft – so zu gestalten, dass beide Geschlechter gleichermaßen partizipieren und profitieren“. Für mich bedeutet GM im Bereich Sport auch eine Form von „Emanzipation der einzelnen Sportarten“.

Es gibt Sportarten, die sind populär, sowohl bei Männern als auch bei Frauen – mangels Hallen, geeigneten Sportflächen, etc., sind diese jedoch nicht darstellbar.

Beispiel: Der Klettersport. Die Nachfrage ist stark vorhanden, geeignete Klettermöglichkeiten sind Mangelware. Hier ist entwickelnd einzuwirken, um Möglichkeiten für beide Geschlechter zu schaffen, egal in welcher prozentualen Relation sich dann die Nutzung letztendlich darstellt. Denn in dem Moment, wo diese Sportart intensiver betrieben wird, treiben wieder mehr Menschen Sport und unternehmen etwas in Sachen Gesundheit – Frauen und Männer!

Daraus folgt:

1. **Vorrangiges Ziel** ist, dass überhaupt Sport betrieben wird – dies ist wichtig! Dieses Ziel steht nach wie vor im Vordergrund der Sportförderung, der freien Selbstentwicklung des Sports.
2. **Sodann**: Gleichberechtigter Zugang (GM)!!

Die Grundlage für den Sport stellt hier das Land Berlin zur Verfügung, in dessen Verfassung der Sport auch Staatsziel ist (Art. 32 Verfassung von Berlin). Man muss daraus folgernd dann auch die Konsequenz ziehen, eine sich nicht ergebende Nachfrage zu akzeptieren, ebenso wie die Bemühung, bei Nachfrage unterstützend aktiv zu werden.

## **Martina Schmiedhofer**

**Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Umwelt und Verkehr**

### **Unsere Angebote sind geschlechtergerecht und geschlechtsspezifisch**

Zugegebenermaßen ist der Titel etwas zu euphorisch – er spricht mehr das Ziel, als den Ist-Zustand an, aber wir sind auf dem Weg!

Ich möchte den heutigen Vortrag in drei Fragen untergliedern und die Verbindung der GM-Projekte der Abteilung mit den Ergebnissen des Gender Budgeting-Prozesses darstellen:

- I. **Was waren unsere bisherigen Fragen?**
- II. **Welche Antworten haben wir bisher erhalten?**
- III. **Welche Schwierigkeiten treten im Prozess auf?**

- I. Was waren unsere bisherigen Fragen?

Im Land Berlin gab es frühzeitig die Entscheidung, GM nicht frei florierend, sondern an die Formalstruktur der Finanzierung der bezirklichen Leistungen zu koppeln. So wurde 2004 aufgrund eines Beschlusses des Rates der Bürgermeister (RdB) ein Gender Budgeting für den Doppelhaushalt 2006/07 für **acht** Produkte eingeführt. In der Abteilung Soziales betraf dies:

78793 Seniorenbezogene Angebote und Veranstaltungen  
79010 Beratung und Hilfevermittlung für Behinderte und chronisch Kranke

2006 kamen **56** Produkte hinzu, im Bereich Soziales sind das:

60714 Organisation der ehrenamtlichen Arbeit  
78413 Seniorenspezifische Beratung und Betreuung  
78815 Seniorenbezogene Angebote und Veranstaltungen durch freie Träger  
75428 Krisenintervention einschließlich Unterbringung  
78716 Gesundheitliche Beratung und Betreuung für Erwachsene  
78720 Gutachten für von Behinderung bedrohte, behinderte, chronisch kranke und suchtkranke Erwachsene (extern)  
78724 Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen bei Problemen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Schwangerschaftsverhütung  
79014 Ärztliche Beratung und Diagnostik im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Schwangerschaftsverhütung

Die primäre Aufgabe war die Gewinnung geschlechterspezifischer Daten. Wie verteilen sich die Geschlechter auf die Angebote bzw. Leistungen? Wie sieht diese Verteilung bezogen auf die Bevölkerung aus? Wobei gerade bei den Produkten des Sozialbereiches ein hoher Finanzierungsanteil nicht automatisch gleichzusetzen ist mit politischem Erfolg – z.B. bei der Sozialhilfe.

II. Welche Antworten haben wir bisher erhalten?

Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, untersucht wurden insbesondere pflegebedürftige, wurden die allgemeinen Annahmen bestätigt: Männer sind lebensjünger bedürftig - im Schnitt mit 67 Jahren – Klientinnen erst mit 72. Die Mehrheit der Frauen verbringt die letzten Lebensjahre ohne den langjährigen (Ehe-) Partner.

- **Das System: Frauen sorgen für ihre Männer, Töchter für das (verwitwete) Elternteil. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die Untersuchung.**
- Bis zur Hilfeleistung durch unser Amt werden 1/3 der Klientinnen und Klienten durch die eigene Familie, und zwar von den Töchtern versorgt. Dies ist auch so, wenn hilfebedürftige Frauen mit dem Ehepartner zusammen leben: Nur jeder 4. Ehemann übernimmt die Pflege seiner Frau, hingegen dreiviertel der Ehefrauen, die mit hilfebedürftigen Männern im Haushalt leben.

Neuer Schwerpunkt wird im Bezirk das Thema „Migration und Pflege“ werden, da zunehmend mehr Klientinnen und Klienten mit Migrationshintergrund Hilfe benötigen.

Für die beiden Produkte des Sozialpsychiatrischen Dienstes

**75428 Krisenintervention einschließlich Unterbringung**  
**78716 Gesundheitliche Beratung und Betreuung für Erwachsene**

zeigt sich in der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Kontaktzahlen im GB, dass die prozentuale Verteilung auf die Geschlechter nahezu gleich ist mit (51,02 % bzw. 48,81 % Frauen auf 48,97 % bzw. 52,19 % Männer). Die Krankheiten haben jedoch unterschiedliche Ausprägungen, wie eine Trägerbefragung im Bereich der Eingliederungshilfe (für behinderte Menschen) für 9 Angebote (Betreutes Wohnen, Tagesstätten) und 291 behinderte Menschen zeigt:

Grob vereinfacht sind Männer in ihrem Krankheitsbild extrovertierter, was sowohl zu einer früheren Auffälligkeit – wie aggressives Verhalten in der Öffentlichkeit, auch Suchtmittelgebrauch in der Öffentlichkeit – führt. Sie verwarlosen äußerlich früher und sind z. B. weniger bereit, ihre Medikamente regelmäßig einzunehmen.

**Frauen** sind tendenziell introvertierter und leiden mehr unter der Einschränkung ihrer interaktionellen, d.h. kommunikativen Fähigkeiten z.B. bei der Versorgung ihrer Familien. Auch in akuten Krankheitsphasen können sie sich noch besser selbst versorgen. In der Psychose erleiden sie größere depressive Anteile als Männer. Sie reagieren tendenziell mit Rückzug bis zur sozialen Isolation und gebrauchen Suchtmittel zu Hause, allein.

Die unterschiedlichen Ausprägungen der psychiatrischen Erkrankungen spiegeln sich in den Versorgungsanforderungen wider:

- Frauen fordern viel mehr Vorgaben, Männer haben mehr Motivation zu Kommunikation.
- **Männer** benötigen mehr Beratung in Bezug auf Hygiene und Selbstversorgung.
- Speziell bei schizophrenen Männern müssen die Mitarbeiter/innen häufiger intervenieren, um die Gruppe (Tagesstättennutzer/innen) oder auch einzelne Klient/innen zu schützen.
- **Frauen** brauchen viel Beratung in Familienangelegenheiten.
- Suchtkranke Frauen nehmen Hilfen später in Anspruch. Sie nutzen eher Betreutes Einzelwohnen als Tagesstätten und bemühen sich stark um Unauffälligkeit. In der Konsequenz führt das zu **mehr nachgehender Betreuung** bei Frauen.
- Frauen sind in akuten psychotischen Phasen weniger auffällig, es erfordert vom Betreuer/Betreuerin eine sensible Wahrnehmung und einen guten Kontakt zum Klienten, um krankhafte Veränderungen möglichst früh zu erkennen.

Ergänzend zu dieser Untersuchung besteht im Bereich der Sucht- und Kontaktberatungsstellen die Zielsetzung zusammen mit den Trägern zu klären, welche geschlechtsspezifischen Bedürfnisse bei den die Beratungsstellen aufsuchenden Frauen und Männern bestehen. Ich hoffe, so auf weitere Einsichten zur Verwendung der Mittel.

In der Inanspruchnahme des **Produktes (78793) Seniorenbezogene Angebote und Veranstaltungen** spiegeln sich die Lebenserwartungen von Männern und Frauen wider sowie ihre abweichende Bereitschaft zu sozialem Engagement:

In den Seniorenfreizeitstätten und bei der ehrenamtlichen Arbeit bildet sich die demographische Verteilung der Geschlechter direkt ab:

Die Statistik weist bei den über 65-jährigen im Bezirk 24.178 Männer und 37.415 Frauen aus (38,1 % zu 61,9), das erklärt den Anteil aktiver Seniorinnen von 70 % in Ehrenamt und Seniorenclub nur zu 30 % Männern. Ausnahme, Sportangebote für Ältere: hier ist das Geschlechterverhältnis 50 : 50! Daran wollen wir natürlich nichts ändern.

Die Gewinnung älterer männlicher Ehrenamtlicher stellt sich als schwierig dar und wenn, dann übernehmen sie organisatorische Aufgaben oder leiten z. B. Computerlernkurse. Beim Austeilen von Kaffee und Kuchen habe ich sie noch nicht gesehen. Ob es sinnvoll und erfolgversprechend ist, gerade bei älteren Männern mit dem Einfordern sozialen Engagements und sozialer Kompetenz zu beginnen ist fraglich.

Das **Produkt (78720) Gutachten für von Behinderung bedrohte, behinderte, chronisch und suchtkranke Erwachsene wird im wesentlichen für obdachlose Menschen benötigt.** Hier wurden 38,46% Frauen aber 61,53% Männer begutachtet. Mit diesem Produkt werden hauptsächlich die Stellungnahmen für die Unterbringung von Wohnungslosen in Einzelzimmern erfasst. Wohnungslosigkeit ist zum stark überwiegenden Teil ein Problem für Männer, da Frauen eher Nischen und Unterbringungsmöglichkeiten bei männlichen Freunden finden.

Für die Produkte des Sozialmedizinischen Dienstes

- |              |   |
|--------------|---|
| <b>78724</b> | <b>Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen bei Problemen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Schwangerschaftsverhütung</b> |
| <b>79014</b> | <b>Ärztliche Beratung und Diagnostik im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Schwangerschaftsverhütung</b>                            |

besteht aus natürlichen Gründen ein deutliches Übergewicht der Zahl der beratenen Frauen: Die Beratung suchen noch ca. 11 % Männer in Begleitung einer Frau auf; die ärztliche Beratung und Diagnose nehmen dagegen nur noch 5,6 % der Männer (mit) wahr. Hier stellten sich grundlegende Fragen für die Aufnahme dieser Produkte in das GB, da bereits vor der genauen Erhebung der Geschlechterverteilung die fast ausschließliche Nutzung durch Frauen bekannt war. Zielstellung für den Bereich ist jetzt eine stärkere Einbeziehung der Männer in die Beratung zur Anwendung von Kontrazeptiva zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften. Hierzu gibt es bereits Ansätze in der sozialpädagogischen Gruppenarbeit, in der sowohl reine Mädchen- als auch reine Jungengruppen in die Beratung kommen, häufiger aber gemischtgeschlechtliche Schulklassen, die dann nach Geschlechtern getrennt werden. Zur Förderung der Angebote an Jungen wird ein männlicher Kollege für das bisher reine Frauenteam gesucht.

### III. Welche Schwierigkeiten treten im Prozess auf?

Die Aufgaben auf Landes- und Bezirksebene werden unterschiedlich wahrgenommen. Obwohl es sich um eine „top-down“ Strategie handelt, ist an der Spitze kaum Vorsorge für die unterstützende Datenerfassung getroffen worden. So sind z.B. berlinweit genutzte Software-Programme nicht mit einer Auswertungsmöglichkeit nach Geschlechtern ausgerüstet. Auf unseren Hinweis an die Senatsverwaltung für Soziales (jetzt Integration, Arbeit und Soziales) wurde mitgeteilt, dass eine Datenauswertung in der von uns gewünschten Form zu erheblichen Mehraufwänden führt und deshalb nur umgesetzt werden sollte, wenn diese Ergebnisse tatsächlich planerischen oder Controllingzwecken in allen Bezirken zugeführt werden. Das ist aber tatsächlich die Aufgabe aller Verwaltungen im Rahmen des GM. Dafür Sorge zu tragen, wäre Aufgabe der Landesebene.

Die Abrufung von Beratungs- und Trainingsbedarf bedarf erheblicher zeitlicher Vorläufe. Eine flexible Reaktion auf Ergebnisse im Prozess ist damit ausgeschlossen. Zudem sind Trainings von den Abteilungen selbst über die Verwaltungsakademie zu organisieren. Deren Budget scheint zu begrenzt für die Nachfrage und wenig flexibel in Bezug auf die Auswahl der Träger.

Die vom RdB im letzten Jahr vorgenommene Erweiterung des GB auf mehr als 50 Produkte beinhaltet neben einer GM/GB-Schulung für die Produktmentoren auch die Definition genderrelevanter Ziele mit quantitativen und qualitativen Merkmalen/Indikatoren. Ein hierzu von unserem Produktverantwortlichen angekündigter Workshop für alle Bezirke wurde von einem freien Träger kurzfristig abgesagt, da die Materie zu kompliziert erschien.

Bisher gibt es keinen Rahmen, in dem ein Austausch über die GB-Auswertungen oder GM-Ergebnisse innerhalb der Verwaltung des Landes Berlin regelmäßig und praxisorientiert erfolgt. Dies könnte helfen, die Hemmschwelle für manche Kolleginnen und Kollegen zu senken, diesen Prozess aktiv mit zu gestalten.

Grundsätzlich lassen sich Handlungsfelder definieren, die für meine Abteilung auch durch die GB-Analysen sinnvoll ergänzt werden können. Aus vielen kleinen Schritten scheint sich ein Gesamtbild zu entwickeln, dass zu einer geschlechtergerechteren Verteilung des Budgets führen kann.

## **Joachim Krüger**

**Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ausbildungsförderung und Personal**

### **Personalentwicklung und Gender Mainstreaming**

1.

Im Nachtrag zum ersten Gender-Projekt unserer Abteilung muss festgestellt werden, dass trotz des erneuten Angebots individueller Beratungsgespräche an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerämter durch die Fachbereichsleitung und den Stadtrat diese Möglichkeit kaum genutzt wurde. Ob es gelungen ist, z. B. durch eine sensiblere Dienstplangestaltung oder durch individuell abgestimmte Fortbildungsangebote der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärker zu entsprechen und damit mehr Zufriedenheit unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht zu haben, kann z. B. nicht verlässlich geprüft werden. Ein im Frühsommer 2007 geplantes Monitoring bei allen Berliner Bürgerämtern soll auch eine Mitarbeiterbefragung umfassen. Wir hoffen auf diese Weise einen neuerlichen Einblick in die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgeschlüsselt auf die einzelnen Bürgerämter im Bezirk zu bekommen. Danach werden wir weitere genderorientierte Maßnahmen zu dieser Themenstellung diskutieren.

2.

Aktuell gilt unser Engagement dem Gender-Aspekt im Ausbildungsbereich der Bezirksverwaltung. Dabei konzentriert sich die Serviceeinheit (SE) Personal auf die Ausbildung in den Büroberufen: Verwaltungsfachangestellte/-r, Fachangestellte/-r für Bürokommunikation und Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation. Die Zielsetzung eines stärkeren Anteils junger Männer an diesen Ausbildungsgängen war bereits im

letzten Bericht umrissen und begründet worden. Da auch bei der Auswahl der Auszubildenden dem Prinzip der Bestenauslese zu folgen ist, mussten unsere Maßnahmen im Vorfeld der Bewerbung ansetzen, um junge Männer für diese Ausbildungsgänge zu interessieren.

Überlagert wird die Gender-Problematik durch unser Bestreben, sowohl jungen Menschen mit Behinderung als auch Jugendlichen mit Migrationshintergrund für eine Bewerbung in unserer Bezirksverwaltung Mut zu machen. Ansetzen konnten wir bei der Darstellung der Ausbildung im Rathaus Charlottenburg-Wilmersdorf im Rahmen der Internetpräsentation, bei zahlreichen Pressemitteilungen sowie Artikeln in den „Rathaus-Nachrichten“. Im Besonderen gaben uns nach Vermittlung durch die Migrantenbeauftragte, Frau Tank, Medien in Berlin wie das türkische, das russische und das iranische Fernsehen sowie einige fremdsprachige Zeitungen die Möglichkeit, für die Ausbildung im öffentlichen Dienst des Bezirks zu werben und uns dabei speziell an männliche Interessenten zu wenden.

Dass solche Maßnahmen einerseits noch erweitert werden müssen, andererseits auch erst über längere Zeit erfolgversprechend sind, ist uns bewusst. Derzeit laufen die Auswahlverfahren und Bewerbergespräche für den Jahrgang, der am 01.09.2007 seine Ausbildung aufnehmen wird. Auf die Ergebnisse in Bezug auf unsere Gender-Zielsetzung sind wir gespannt.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die sich in unserer Abteilung aktiv mit den Gender-Aufträgen beschäftigt haben, danke ich sehr!

## **Marc Schulte**

### **Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung**

#### **Geschlechtergerechtigkeit in der Abteilung Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung – und was kommt nach der Analyse der Zahlen?**

Die Abteilung Wirtschaft, Ordnungsangelegenheiten und Weiterbildung ist, das hat die Frauenbeauftragte, Frau Rabe zu Beginn auch gesagt, Schwerpunktabteilung im Bereich Gender Mainstreaming geworden. Allein schon dadurch, dass Bereiche zusammengelegt worden sind. Somit stehen in meiner Abteilung vier Bereiche in der Betrachtung. Als „Neuling“ sieht man sich natürlich die vorgelegten Unterlagen etwas genauer an. Dabei sind viele Fragen entstanden, die ich Ihnen auch gerne vermitteln möchte, weil ich denke, dass Gender Mainstreaming ein Prozess ist, der natürlich von der Diskussion lebt und davon, dass man sich an bestimmten Dingen vielleicht auch stört, nachhakt und Fragen stellt.

## **Bibliotheken**

Die Bibliothek ist ja als Institution, die bereits in der Phase I angefangen hat, auch diejenige, die jetzt auch am weitesten vorangeschritten ist. Hier wurde konkret das Produkt Entleihungen angeschaut. Die Auswertung dieses Produktes Entleihungen zeigt, dass 60 % der Entleihungen von Frauen getätigt werden, 32% von Männern, 8% von Institutionen.

Ist das eigentlich ein unter Gender Mainstreaming Aspekten tragbares Ergebnis? Wie sieht es aus, müssten wir jetzt anhand dieser Produktauswertung nicht die Weichen für eine Männerförderung stellen? Am Anfang der Betrachtung stand ja zunächst die Frauen- oder besser Frauenförderpolitik. Jetzt heißt der Ansatz Gender Mainstreaming und unter dieser Betrachtung müssten wir eigentlich das Ausleihverhalten in Richtung einer gezielten Männerförderung umstellen, denn diese sind deutlich unterrepräsentiert in der reinen Auswertungsbetrachtung der vorliegenden Zahlen. Auf meine Fragen hinkommen dann natürlich Erklärungsversuche. Woran liegt es denn, dass tatsächlich so ein hoher Prozentsatz von 60 % der Entleihungen von Frauen vorgenommen werden? Da wird mir dann gesagt, na ja, die Frauen, die leihen ja für die ganze Familie aus. Frauen interessieren sich mehr für Kultur und setzen auch andere Schwerpunkte, erfahre ich aus meinen Nachfragen und wir sind dann sehr schnell im Bereich der Mutmaßungen.

Das zahlenmäßige Ungleichgewicht wird irgendwie versucht zu erklären und dabei stellt sich dann die, wie ich finde, entscheidende Frage: Ist es eigentlich das, was wir wollen? Ist das eigentlich „DAS“, was wir unter Gender Mainstreaming Aspekten verstehen? Derartige Ungleichgewichte in Zahlenauswertungen zu analysieren, um dann eigentlich nichts zu machen, nur um zu sagen, na ja, dieser überproportionale Prozentsatz an Frauen ist in Ordnung. Solch ein Vergleich greift zu kurz und deswegen ist es natürlich ganz wichtig zu überlegen, ob man nicht vielleicht auch eine neue Zieldefinition für Produktauswertungen fasst. Die Betrachtung des Produktes Entleihungen liefert nur einen kleinen Teileinblick. Es geht vielmehr um die Frage, ob es einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung gibt und man muss dann natürlich auch externe Faktoren mit einfließen lassen. Hierbei kommt man natürlich sehr schnell zu der Frage, ob diese höhere Nutzung der Bibliotheken wirklich die Unterrepräsentanz in anderen Bereichen ausgleichen kann. Es gibt ja ganz viele Untersuchungen auf diesem Sektor, beispielsweise auch zu der Kaufkraft von Männern und Frauen. Hier sieht es dann eben so aus, dass Frauen sehr stark benachteiligt sind und tatsächlich vielleicht im Bereich des Bücherkaufs wirklich diejenigen sind, die nicht so viel kaufen, sondern stärker die Bibliothek als Ausleihinstitution nutzen. Insofern sind auch solche externen Faktoren wichtig, um schließlich eine fundierte Aussage treffen zu können. Deswegen ist auch versucht worden, in der Bibliothek als nächste Phase der Auswertung diese Erkenntnis aus belegbaren Zahlen zu nutzen.

Wir wollten das exemplarisch an einem Bibliotheksstandort genauer untersuchen und die Genderbeauftragte sowie die Migrantenbeauftragte haben in Zusammenarbeit mit der Bibliothek am Klausenerplatz eine Bedarfsermittlung unter den Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf die Nutzung der Stadtteilbibliothek West geplant. Ziel ist es, ein Gutachten vorzulegen, das Hinweise gibt, welche Angebote verstärkt, ergänzt, verändert werden müssen, um auch bisherige Nutzerinnen und Nutzer – aber auch Nichtnutzerinnen und Nichtnutzer – der Bibliothek, insbesondere unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming und der interkulturellen Öffnung des Bezirksamtes, zu gewinnen. Das tatsächliche Problem zeigte sich darin, dass es sehr schwer war, an diese externen Faktoren heranzukommen. Allein der Titel eines ersten Zwischenberichts zeigt, wo die Probleme entstehen, wenn man versucht, externe Faktoren einzubeziehen. Der Text, der jetzt vorliegt, lautet: „Bericht zum Problem nicht kohärenter und integrativer Datenerhebung in der Verwaltung von Bezirken und des Landes Berlin am Beispiel des Beratungsvorhabens Gender Mainstreaming und Interkulturelle Öffnung der Stadtteilbibliothek West“. Ein beeindruckender Titel, der in

der Tat übersetzt bedeutet, dass die Daten, die zum Ermitteln dieser externen Faktoren notwendig wären, gar nicht so vorliegen können, um dann auch eine Aussage zu treffen, inwieweit man tatsächlich hier auf ein Produkt einwirken muss, damit so ein Ungleichgewicht transparent wird. Gerade für die interkulturelle Öffnung des Bibliotheksangebots ist es jedoch wichtig, die genaue Akzeptanz von Angeboten der Bibliotheken zu erfahren. Hier sind wir natürlich dran, insbesondere auch durch eine Verlängerung dieses extern begleiteten Projektes. Es soll sehr genau geschaut werden, welche Daten es eigentlich zu erheben gilt und wie man an solche Daten herankommt. Dadurch soll eine gänzlich falsche Beurteilung verhindert werden. Aber deutlich wurde in der Arbeit der Bibliothek, dass bestimmte Zielstellungen der Betrachtungen neu definiert und auch anders übergreifend gesehen werden müssen.

### **Volkshochschule**

Ich möchte Ihnen zu der Volkshochschule nicht ganz so viel sagen, weil ich denke, dass das, was in Teil 6 und Teil 7 dargestellt wurde, sehr gut die aktuelle Situation in der Volkshochschule darstellt und auch sehr klar den Maßnahmenplan beschreibt. Die Volkshochschule ist jetzt gerade in der Auswertung der Evaluation und erst wenn diese vorliegt, kann ich über die nächsten Schritte berichten.

### **Musikschule**

Ich möchte vielmehr auf die zwei neuen Bereiche, Musikschule und Wirtschaftsamt eingehen, weil ich auch denke, dass hier auch die Diskussion entstehen kann. Denn die Musikschulprodukte sind tatsächlich in ihrer Betrachtung nicht ausgewogen. Auch hier wieder deutlich zugunsten der Frauen. Das Wirtschaftsamtprodukt ist ebenso nicht ausgewogen, ganz eindeutig jedoch zugunsten der Männer. Also handelt es sich um zwei gut vergleichbare Institutionen. Man schaut sich die Nutzerinnen- und Nutzeranalyse an und in der Musikschule wurde festgestellt, dass wir 2805 Schülerinnen und 1837 Schüler haben. Bei den Lehrkräften haben wir 147 weibliche Lehrkräfte und 122 männliche Lehrkräfte. Was bedeutet das jetzt eigentlich, dieses Ungleichgewicht in der Verteilung der Schülerinnen und Schüler? Bedeutet es jetzt, dass wir mehr Frauen einstellen müssen als Lehrkräfte, weil wir uns an die Nutzerinnenstruktur anpassen wollen? Heißt es, dass wir mehr Männer einstellen müssen, damit wir mehr Jungen und Männer zu einer musikalischen Erziehung motivieren? Aber es ist so, dass es kaum männlichen Nachwuchs gibt. Gerade hat in der Musikschule eine Hospitation von der Universität der Künste stattgefunden und von den 20 Hospitierenden war ein Mann dabei. Soll man jetzt verstärkt Männer einstellen? Das würde tatsächlich Veränderungen bringen. Im Bereich des Horns und der Percussions sind Lehrerinnen eingestellt worden. Sofort ist die Anzahl der Schülerinnen gestiegen. Das bedeutet, dass man also durch männliche Lehrer vielleicht mehr Jungen motivieren könnte, musikalische Bildung zu bekommen. „Sollen wir das machen?“, frage ich mal in die Runde. Oder sollen wir die Warteliste zunächst mit Mädchen auffüllen, solange es hier tatsächlich kein Gleichgewicht gibt, weil wir sagen, Jungen sollen doch auch musikalisch gebildet werden. Eine Fragestellung, für die ich für mich noch keine richtige Antwort gefunden habe.

### **Wirtschaftsamt**

Beim Wirtschaftsamt geht es um die Produkte Gewerbebescheinigung und -zulassung. Und die erste Reaktion aus dem Wirtschaftsamt war eindeutig: Ich möchte das zitieren: „Beide Produkte sind für Gender-Zielsetzungen eher

ungeeignet. Die Gewerbebehörde ist eine reine Ordnungsbehörde und verfolgt keine gleichstellungspolitische Zielsetzung.“

Gut, wenn man sich die 12 346 Gewerbemeldungen betrachtet, kommt man zu der Einsicht, dass man zum Wirtschaftsamt geht, weil man die gesetzliche Pflicht hat, sich anzumelden. Von diesen Gesamtanmeldungen sind es 67,71 % Männer. Auch bei den Zulassungen von Gewerben sind es zu 74,5 % Männer. Wie soll eine Ordnungsbehörde das steuern? Soll sie jetzt sagen, solange sich keine Frau für ein Gewerbe anmeldet, nehmen wir die anderen Anmeldungen nicht an. Das kann es natürlich nicht sein. Eine Ordnungsbehörde kann dieses scheinbare Ungleichgewicht natürlich nicht verändern. Und was bedeutet es jetzt für eine Genderanalyse, wenn so etwas schwer steuerbar ist. Das bedeutet natürlich ganz klar, dass wir als Politiker auch steuern müssen, dass mehr Frauen motiviert werden, Gewerbe anzumelden und das auch machen wollen. Aber das ist natürlich nicht an diesem Produkt im Wirtschaftsamt sofort steuerbar, sondern das ist dann eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung, der Frauenbeauftragten, von uns allen, die dann tatsächlich auch etwas tun müssen. Und ich denke, dass wir im Bezirk mit den Gründerinneninitiativen, mit dem UCW<sup>6</sup> und auch mit dem Wettbewerb „FiV – Frau in Verantwortung“ da auch viel vorzeigen können. Aber die Frage ist: „Wie kann man denn ein solches Produkt auch tatsächlich messen?“

### **Schlussfolgerungen:**

Insofern möchte ich auch für mich mit drei Schlussfolgerungen schließen:

1. Zieldefinitionen müssen überdacht und angepasst werden. Z. B. das Produkt Entleihung von Büchern isoliert zu betrachten, greift zu kurz. Das Ziel könnte hier z. B. der gleichberechtigte Zugang zur Bildung sein.
2. Externe Faktoren beeinflussen die Zahlen. Sie müssen bei der Analyse mit berücksichtigt werden. Mit dem Modellprojekt in der Stadtteilbibliothek West befinden wir uns trotz aller methodischen Schwierigkeiten auf einem richtigen Weg.
3. Bestimmte Produkte sind unter den Aspekten von Gender Mainstreaming nicht intern veränderbar. Hier müssen abteilungsübergreifende Initiativen ergriffen werden, die mittelbar Veränderungen nach sich ziehen.

## **Jochen Esser**

**MdA, Landeskommision Gender Mainstreaming, Arbeitsgruppe Gender Budgeting**

### **Gender Budgeting in Berlin – Probleme der geschlechterspezifischen Haushaltsanalyse**

Geld ist abstrakt. Weder Mann noch Frau sehen ihm an, woher es kommt und wohin es wandert. Am Ende des Jahres ist der Haushalt entweder ausgeglichen oder es gibt einen Überschuss bzw. ein Loch in der Kasse. Sind Schulden männlich? Ist die Staatsquote weiblich? Sind hohe Personalkosten geschlechtergerecht?

---

<sup>6</sup> UCW: Unternehmerinnen- und Gründerinnenzentrum Charlottenburg-Wilmersdorf, ein GM-Projekt des Bezirkslichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit

Natürlich kann man grob nach Nutzern und Nutzerinnen unterscheiden. Ausgaben für Sicherheit und Ordnung, Baumaßnahmen, insbesondere Straßenbau sowie Wirtschaftsförderung beziehen sich dann eher auf männliche Nutznießer. Familien-, Sozial- und Jugendhilfe, Gesundheitsausgaben und öffentlicher Nahverkehr kommen in stärkerem Maße Frauen zugute. Bildung, Wissenschaft, Kultur und Erholung wären vielleicht eher neutral einzuschätzen. Eine solche, reine Top-Down-Analyse wirft auf den zweiten Blick jedoch zahlreiche Fragen auf, die sich anhand eines Beispiels verdeutlichen lasse.

Straßenbau und öffentlicher Nahverkehr verhalten sich geschlechterpolitisch scheinbar entgegengesetzt. Beim Straßenbau sind praktisch ausschließlich Männer beschäftigt, und die Straßen werden von überwiegend männlichen Autofahrern benutzt. Im öffentlichen Nahverkehr ist die Beschäftigung von Frauen höher als im Straßenbau, und angesichts des gängigen familiären Umgangs mit dem Auto sind Frauen stärker auf den ÖPNV angewiesen. Das ist in der Tat zunächst ein Hinweis, dass eine Haushaltspolitik, die dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet ist, nicht den Straßenbau ankurbeln und die Ausgaben für den Nahverkehr herabsetzen sollte.

Diese allgemeine Aussage könnte in der Realität allerdings differenziert werden müssen. Wenn nämlich viel Geld für ÖPNV nicht so sehr mit Frauenfreundlichkeit zu tun hat, sondern eher mit der Ineffizienz des jeweiligen Verkehrsbetriebs, dann kann das Ansetzen des Rotstifts in diesem Bereich durchaus mit einer geschlechtergerechten Haushaltspolitik vereinbar sein. Und schließlich könnte sich die Gleichberechtigung auch den ganz und gar unökologischen Weg bahnen, jeder Ehefrau einen Zweitwagen aus dem Haushaltseinkommen zu erkämpfen. In Los Angeles, wo es keinen ÖPNV gibt, ist das faktisch der Fall.

Das Beispiel der Mobilität von Frauen mit unterschiedlichem Verkehrssystem zeigt zweierlei. Erstens muss eine Gender-Analyse des Haushalts tief in einzelne Politikbereiche hineingehen, um herauszufinden, ob eine Budgetkürzung die Geschlechtergerechtigkeit verletzt oder ihre guten Gründe hat. Zweitens lässt sich der Maßstab für einen geschlechtergerechten Haushalt nicht aus der Haushaltsanalyse selbst gewinnen. Ob der Ausbau des Nahverkehrs Ziel von Frauenpolitik ist oder ein Auto für jede Frau, das ist keine haushaltspolitische Frage. Es wäre deshalb ein Missverständnis zu glauben, Gender Budget konstituierte einen neuen Zugang zur Frauenfrage. Feministische Politik bleibt darauf verwiesen, das zu tun, was sie immer schon gemacht hat: Aus der Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse Emanzipations- und Gleichstellungsziele zu entwickeln.

Es führt kein Weg daran vorbei, zunächst die Lebensumstände von Frauen und ihre daraus resultierenden Bedürfnisse zu identifizieren. Das Neue und Vorwärtsweisende an Gender Budget wäre dann, diese Bedürfnisse als Anforderungen an einen öffentlichen Haushalt zu formulieren, und zwar nicht nur für ein „Fraueneckchen“, sondern im Sinne des Gender Mainstreaming über alle Politikbereiche hinweg. Gender-Budget-Analysen haben am Anfang dieses Prozesses frauenpolitischer Selbstverständigung nur Sinn, wenn sie mit klar definierten Politikzielen unterlegt sind und sich auf ausgesuchte Politikbereiche beziehen. Haushaltspolitiker/innen können dann dabei helfen, in einer Bottom-Up-Analyse von Haushaltstiteln bis zu Politikfeldern das notwendigste statistische Material aus der Verwaltung herauszukitzeln und Wege zur gewünschten Änderung des Steuersystems und der Ausgabenstruktur öffentlicher Haushalt zu finden.

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ist erstaunlich weit mit der Umsetzung von Gender Mainstreaming / Gender Budgeting gekommen. Dies ist gut so und soll ermutigen, berlinweit den begonnenen Weg weiter zu beschreiten.

Literatur:

Gender Mainstreaming in Charlottenburg-Wilmersdorf – eine Dokumentation in 7 Teilen

- Teil 1 Eine Handlungsanleitung
- Teil 2 Erster Gleichstellungsbericht
- Teil 3 Dokumentation 1. Fachkonferenz
- Teil 4 Gender Budgeting
- Teil 5 Zweiter Gleichstellungsbericht
- Teil 6 Dokumentation 2. Fachkonferenz
- Teil 7 Dritter Gleichstellungsbericht